



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 21. Oktober 2015

Seite:
218

Vorsitz Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP)

Protokoll Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II

Präsenz 19.00 Uhr 38 Mitglieder

Entschuldigungen Ilaz Kadriji (SP)

Unentschuldigt Pascal Schlegel (SVP)

Versand 27. Januar 2016

Genehmigung Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 22. Februar 2016 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP), eröffnet die 239. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen.

Traktandenliste

- | | | |
|----|---------|---|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2015.47 | Treffpunkt Integration, Verpflichtungskredit für die Finanzierung des Betriebes 2016 und 2017 |
| 3 | 2015.46 | Vertrag Gaskonzession |
| 4 | 2015.31 | Gemeindeverband Soziale Dienstleistungen Brugg Region |
| 5 | 2015.50 | Technopark Aargau; Austritt als Gönner ab 2016 |
| 6 | 2015.32 | Budget 2016 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen) |
| 7 | | Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes |
| 71 | 2015.35 | Hava und Alejna Ejupi, Mazedonien |
| 72 | 2015.36 | Arta Bajrami, Kosovo |
| 73 | 2015.37 | Felix Nguyen, Vietnam |
| 74 | 2015.38 | Oksana Thom, Belarus |
| 75 | 2015.39 | Batuhan Pekel, Türkei |
| 76 | 2015.40 | Damir und Elke Delimar, Deutschland |
| 77 | 2015.41 | Milena Jankovic, Serbien |
| 8 | 2015.33 | Kreditabrechnungen Gesamtrevision Nutzungsplanung; Grundlagen / Entwicklungsstrategie |
| 9 | 2015.34 | Kreditabrechnung Belagserneuerung/Kanalisation Industriestrasse |
| 10 | 2015.48 | Kreditabrechnung Ausfinanzierung Pensionskasse |
| 11 | 2015.51 | Kreditabrechnung Erschliessung Campus |
| 12 | 2015.30 | Verpflichtungskredit Instandstellung Auslass Überlastleitung Reussprallhang, Kolk |
| 13 | 2015.29 | Verpflichtungskredit Sanierung Aufzugsanlagen Schulanlage Chapf |
| 14 | 2015.49 | Motion Martin Schibli und Mitunterzeichner „Reduktion der Strassenbeleuchtung“; Beantwortung |
| 15 | 2015.42 | Ersatzwahl Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 |
| 16 | 2015.43 | Wahl Präsidium Einwohnerrat für die Präsidialperiode 2016/2017 |
| 17 | 2015.44 | Wahl Vizepräsidium Einwohnerrat für die Präsidialperiode 2016/2017 |
| 18 | 2015.45 | Wahl von zwei Stimmenzählern des Einwohnerrates für die Präsidialperiode 2016/2017 |

19	Beantwortung von gestellten Fragen
20	Mitteilungen des Gemeinderates
21	Neueingänge

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP):

Filmaufnahmen

Lernende der Verwaltung werden heute nochmals Filmaufnahmen für den Neuzuzügerabend machen.

Elektronik

Mit der elektronischen Zustellung der Unterlagen haben wir erste Erfahrungen gesammelt. Die Beratung der Rechnung und die Präsentation mit dem Beamer ist im Juni gut verlaufen. Diese Praxis wird weitergeführt.

Geburt

Herzliche Gratulation an Matthias Knecht und seine Partnerin zur Geburt von Lina, welche im März zur Welt gekommen ist. Wir hoffen, dass sich die junge Familie gut aneinander gewöhnt und einen harmonischen Tages- und vor allem auch Nachtrhythmus gefunden hat.

30 Jahre Dienstjubiläum

Stefan Wagner hat am 1. September sein 30-jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Der Gemeinderat schreibt in seiner Laudatio: „Behördenmitglieder und Gemeindeschreiber kamen und gingen - eines hat sich nicht verändert, der Name des Gemeindeschreibers II“. Analog kann man sagen - Einwohnerräte sind gekommen und gegangen, Stefan Wagner ist geblieben und hat die Stellung gehalten. Lieber Stefan, in deiner Funktion als Gemeindeschreiber bist du für den Einwohnerrat Dreh- und Angelpunkt und sorgst für die notwendige Konstanz in diesem Gremium. In all den Jahren hast du viele Präsidenten in das Amt eingeführt, begleitet und wieder verabschiedet. Du hast unzählige Botschaften geschrieben, kopiert und verschickt. Wo notwendig, hast Du Auskünfte gegeben und den Betrieb aufrechterhalten. Du sorgst mit grossen Know how, dass alles in geordneten Bahnen abläuft. Du kennst Jeden und Jede, manchmal habe ich das



Gefühl, dass du jeden Einwohner von Windisch persönlich kennst. Im Namen des gesamten Einwohnerrates gratuliere ich dir ganz herzlich zu diesem grossen Jubiläum. Mit der Gratulation danke ich Dir im Namen des Einwohnerrates, für deine immerwährende Unterstützung herzlich. Ich wünsche dir für deine Zukunft alles Gute und weiterhin viel Freude bei Deiner Tätigkeit für die Gemeinde Windisch.

Wahlen

Nicht nur auf nationaler Ebene waren die Wahlen spannend, auf lokaler Ebene musste der freie Sitz in der Schulpflege besetzt werden. Herzliche Gratulation an Christian Locher zu seiner Wahl! Aus meiner Sicht sind verschiedene Verbindungen zwischen Schule und Politik gut. Christian Locher erweitert mit seinem Doppelmandat diese Schnittstelle. Damit er seine Tätigkeit ausüben kann, muss er in Pflicht genommen werden.

Inpflichtnahme eines Mitgliedes der Schulpflege für den Rest der Amtsperiode 2014 / 2017

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP) nimmt gestützt auf § 16a des Gemeindegesetzes Christian Locher als Mitglied der Schulpflege für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht.

Traktandenliste

Die 239. Sitzung findet in zwei Teilen statt. Das Budget muss zwingend heute behandelt werden, damit die Zustellfrist für die Volksabstimmung eingehalten werden kann. Aufgrund der zu erwartenden Diskussionen hat das Büro die Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes kurzfristig auf die Sitzung vom 28. Oktober 2015 verschoben. Die Bürgerrechtsbewerber wurden entsprechend informiert.

Protokolle

Zu den Protokollen der Einwohnerratssitzungen vom 28. Januar 2015, 18. März 2015 und 17. Juni 2015 sind keine Ergänzungs- und Änderungsanträge eingereicht worden. Sie gelten in der vorliegenden Form als genehmigt. Besten Dank an die Verwaltung für die gute Arbeit.

2 2015.47

Treffpunkt Integration; Verpflichtungskredit für die Finanzierung des Betriebes 2016 und 2017

(Botschaft vom 07. September 2015)

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Auf den ersten Blick ist die Botschaft ähnlich wie letztes Jahr. Eine breitere Abstützung der Trägerschaft, die regionale Erweiterung des Angebotes und die Reduktion unserer finanziellen Belastung waren das Ziel. Mit den Gemeinden wurden zwei Workshops durchgeführt und diverse Einzelgespräche geführt. Wir standen laufend mit den Vertretern des Migrationsamtes in Kontakt. Der Lead bleibt in Windisch. Eine breitere Abstützung der Trägerschaft haben wir nicht erreicht, es wurden aber Verbesserungen erzielt. Brugg und Birr erhöhen ihre Beiträge um je Fr. 5'000.00. Der Kanton hat unser dezentrales Informations- und Beratungsangebot Integration definitiv anerkannt. Er übernimmt in den Jahren 2016/2017 60% der Personalkosten. Dies sind rund Fr. 47'000.00/Jahr, dadurch sinkt unser Kostenanteil auf ca. Fr. 25'000.00. Dies ist der wesentliche Punkt: Beim Start des Projektes lagen die Kosten bei rund ca. Fr. 65'000.00, im laufenden Jahr sind es ca. Fr. 33'000.00. Der Betrag von Fr. 25'000.00 entspricht den Dienstleistungen, welche Windisch beim Treffpunkt bezieht. Bei den kleineren Gemeinden haben wir teilweise das Interesse geweckt. Gebenstorf und Hausen haben sich im Rahmen eines „Schnupperangebotes“ verpflichtet, Beratungen einzukaufen. Das Kosten-/Nutzenverhältnis hat sich verbessert, die Voraussetzungen für eine Weiterführung des Treffpunkts für zwei Jahre sind da. Über den Nutzen müssen wir nicht mehr sprechen. Alle Beteiligten sind mit der Arbeit und den Ergebnissen nach wie vor zufrieden. Es ist wichtig mit den Gemeinden im Gespräch zu bleiben, damit das Projekt noch breiter abgestützt werden kann.

Die Deutschkurse haben strukturell und finanziell keinen Zusammenhang mit dem Treffpunkt Integration. Integration ohne Deutschkurse ist nicht sinnvoll. Der Treffpunkt motiviert die Migranten immer zum Besuch von Deutschkursen. Der Kanton hat die Kurse in Windisch bisher organisiert und finanziert. Der Kanton spart, nun müssen die Gemeinden die Deutschkurse kurzfristig selbst organisieren und einen Drittel der Kosten übernehmen. Eine schnelle Reaktion war notwendig, damit das Angebot weitergeführt werden kann. Es werden günstige Kurse organisiert, welche von Müttern mit Kindern genutzt werden, weil sie in der Nähe stattfinden. Im Budget 2016 sind dafür brutto Fr. 22'000.00 enthalten. Kursteilnehmende aus anderen Gemeinden müssen Beiträge entrichten. Aktuell haben Birr, Hausen und Riniken entsprechende Kostengutsprachen geleistet.

Ich beantrage dem Einwohnerrat, den Betrieb Treffpunkt Integration für zwei weitere Jahre zu bewilligen.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

Peter Vismara (FDP): Die Schweiz weist einen hohen Ausländeranteil auf. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Dies ist immer wieder eine Herausforderung, brachte aber in der Vergangenheit bezüglich Wohlstand und wirtschaftliche Stärke Vorteile. Die gute Integration hat ebenfalls dazu beigetragen. Die aktuellen Flüchtlingsbewegungen stellen uns wahrscheinlich noch vor grössere Herausforderungen. Die Integration ist dort zu unterstützen, wo sie notwendig und sinnvoll ist. Windisch nimmt als Träger- und Leitgemeinde eine wichtige Funktion wahr. Unser Kostenanteil war in den letzten Jahren teilweise überdurchschnittlich hoch. Es ist ein gutes Projekt, trotzdem kann man es nicht nur solidarisch betrachten. 2016 und 2017 ist die Situation zwar besser, aber immer noch nicht optimal. Soll das gute Projekt nach 2016/2017 auf der gleichen Basis weitergeführt werden, ist für Windisch eine weitere Verbesserung zu erzielen. Die FDP-Fraktion unterstützt in diesem Sinne die Anträge.

Ruedi Kümli (EVP): Die Wichtigkeit des TPI wird nach wie vor von allen Stellen bestätigt. Es ist gelungen, die Kostenbeteiligung der Aussengemeinden, speziell mit Birr und Brugg, zu erhöhen. Herzlichen Dank. Für Windisch bleiben rund Fr. 25'000.00, dies ist im Verhältnis zu den Dienstleistungen gerechtfertigt. Das Verhalten des Kantons bei der Subventionierung der Deutschkurse ist unschön. Aber wir wählen alle selber! Wir teilen die Meinung des Gemeinderates, das Lernen der Sprache ist ein zentraler Bestandteil der Integration. Die EVP stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Marc Keller (CVP): Die CVP-Fraktion würdigt die Arbeit des Treffpunkts Integration. Die aktuelle Situation belegt, dass die Integration immer wichtiger wird. Dies wird uns auch in Zukunft herausfordern. Die Berichte mit Zahlen und Fakten und die Rückmeldungen aus den umliegenden Schulen geben eine Übersicht und zeigen den Nutzen des Treffpunkts Integration auf. Die Berichte sind wichtig und sind zwingend beizubehalten. Wir anerkennen die Kostenbeteiligung der umliegenden Gemeinden. Es gibt aber noch Potential nach oben. Die Gemeinden sind weiterhin in Pflicht zu nehmen und die Gespräche weiterzuführen. Sollte der Kanton die Beiträge kürzen oder sogar einstellen,

hätte dies Konsequenzen. Wir stimmen dem Verpflichtungskredit für das Jahr 2016 zu. Den Kredit für das Jahr 2017 lehnen wir ab, dem Einwohnerrat ist dazu eine separate Vorlage zu unterbreiten.

Nadine Fischer (SP): Über den Nutzen einer guten Integration für unsere Gesellschaft müssen wir nicht diskutieren. Anna Glauser, welche Deutschkurse gibt, hat mir erklärt, weshalb der Besuch der Kurse für die Frauen wichtig ist. Sie wollen unser Schulsystem und ihre Kinder verstehen, wenn sie darüber sprechen. Sie wollen selbständig mit dem Kinderarzt telefonieren und Probleme schildern können. Sie suchen Anschluss und Freundschaften zu Schweizerfrauen. Es ist den Frauen wichtig, integriert zu sein. Die Integration läuft über die Sprache. Darüber können wir ihnen unsere Kultur unser Schulsystem näher bringen, deshalb wird der Treffpunkt Integration mit seinen Vernetzerinnen benötigt. Was geschieht, wenn ein solches Projekt nicht weitergeführt wird? Schlechte oder gar keine Integration führen zu wesentlich höheren Kosten, das wissen wir alle. Ich danke für den Einsatz aller Beteiligten bei den Diskussionen mit den Auswärtigen, obwohl der Verteilschlüssel nicht wie gewünscht erreicht werden konnte. Mit unserem Kostenanteil von Fr. 25'000.00 dürfen wir mehr als zufrieden sein. Die SP unterstützt dieses Projekt einstimmig.

Christian Locher (SVP): Wir haben dieses Geschäft lange diskutiert. Die Integration ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Was ist ein Migrant? Manchmal ist er ein Durchwanderer, teilweise bleibt er sesshaft. Integration beginnt mit der Teilnahme am Dorfleben. In Windisch haben wir 73 Vereine oder Organisationen. Integration kann auch an einem solchen Ort stattfinden. Zu den Kosten: Der Gemeinderat hat den Auftrag nicht erfüllt, einen besseren Kostenschlüssel auszuhandeln. Der Kanton hat für das Pilotprojekt Kostenbeiträge gesprochen. Diese werden nun teilweise gestrichen und wir bezahlen Fr. 22'000.00 für die Deutschkurse. Wir lehnen die Anträge ab.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Finanzierung der Weiterführung des Treffpunkts Integration für 2016 und stimmt dem Brutto-Verpflichtungskredit über Fr. 127'081.00 zulasten der laufenden Rechnung 2016 zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Finanzierung der Weiterführung des Treffpunkts Integration für 2017 und stimmt dem Brutto-Verpflichtungskredit über Fr. 128'513.00 zulasten der laufenden Rechnung 2017, vorbehaltlich der Zusicherung der Betriebsbeiträge der Stadt Brugg und der Gemeinden Birr und Hausen, im mindestens gleichen Umfang wie 2016, zu.

3 2015.46

Vertrag Gaskonzession

(Botschaft vom 24. August 2015)

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Im Frühling wurde dem Gemeinderat im Finanzworkshop der Auftrag erteilt, eine neue Vorlage für die Gaskonzession auszuarbeiten. Für die Nutzung des öffentlichen Grunds für eine längere Zeit muss eine Abgabe entrichtet werden. Der Gemeinderat sieht es als seine Pflicht an, diese Benützung zu regeln, im vorliegenden Falle mit dem Gaskonzessionsvertrag. Es sind Alle, welche öffentlichen Grund nutzen, rechtsgleich zu behandeln. Das Elektrizitätswerk beispielsweise bezahlt ebenfalls eine Konzession. Der vorliegende Vertrag ist unterschriftsreif und regelt die Rechte und Pflichten der Konzession. Die Konzessionsnehmer dürfen den öffentlichen Grund nutzen, die Gemeinde erhält als Gegenleistung eine Vergütung. Diese basiert auf dem Gasvolumen: Pro kWh werden 0.2 Rappen erhoben. Diese Entschädigung ist für alle Verbraucher gleich hoch, es gibt keine Unterschiede, keine Differenzierungen. Die Belastung für einen durchschnittlichen Haushalt beträgt Fr. 38.00. Im Gegenzug erhält die Gemeinde, gestützt auf den aktuellen Gasverbrauch, Konzessionsgebühren von Fr. 112'000.00. Der Gemeinderat beantragt, den Konzessionsvertrag, mit Rechtswirksamkeit ab 1. Januar 2016, zu genehmigen. Damit ist der Auftrag aus dem Finanzworkshop erfüllt.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Pia Stammler (SP): Über diese Konzession haben wir 2013 schon diskutiert. Der Unterschied ist, dass nun ein Konzessionsvertrag vorliegt und der Preis auf 0.2 Rappen/kWh reduziert wurde. Die Ausgangslage ist jedoch unverändert. Die IBB soll für die Nutzung des öffentlichen Grundes eine Gaskonzession bezahlen, für deren Festlegung ist der Gemeinderat zuständig. Gestützt auf den Vertrag wird die IBB diese vollumfänglich an die Endkunden überwälzen. Somit bezahlt nicht die IBB, sondern der Steuerzahler von Windisch die Konzession. Die 0.2 Rp./kWh haben für die Windischer Gasbezüger eine Preiserhöhung von 2.5% zur Folge. Wer aus ökologischen Gründen auf Gas wechselt, muss zusätzliche Gebühren bezahlen. Der problematische Brennstoff wird bevorzugt. Mit der Gaskonzession wird dem Endverbraucher eine neue versteckte Gebühr zugunsten der Gemeinde, ohne jegliche Gegenleistung, auferlegt. Eine Mehrheit der SP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Algimantas Gegeckas (CVP): Jedes Exklusivrecht erfordert eine Entschädigung, so beispielsweise beim Strom oder auch bei den Parkplätzen. Der Vertrag ist wesentlich besser als vor zwei Jahren, die Einwände wurden berücksichtigt. Für die ganze Gemeinde wird ein einheitlicher Preis erhoben. Unsere Finanzlage erfordert mehr Einnahmen. Geregelt ist auch der Nachfolgelieferant der IBB, was von der SP damals bemängelt wurde. Nicht sicher ist, ob der Preis längerfristig an den Endverbraucher weitergegeben werden kann. Es gibt auch Konkurrenz und der Druck auf die IBB wird zunehmen. Nicht um sonst bringt sie aus Interessengründen deutlich ihre Einwände ein. Die Frage ist: Soll Windisch gewohnheitsmässig auf Einnahmenquellen verzichten?

Martin Schibli (EVP): Wir sind froh, dass dieses Geschäft wieder beraten werden kann. Wir können nicht nur Geld ausgeben, sondern müssen auch Einnahmen generieren. Das Geschäft beinhaltet zwei Wermutstropfen. Die IBB trägt die Konzessionskosten nicht selbst, die wälzt sie auf die Bezüger ab. Es bleibt die Hoffnung, dass diese Absicht noch nicht definitiv ist oder es alternative Möglichkeiten gibt. Leider ist es nicht gelungen, andere Gemeinden im Einzugsgebiet miteinzubeziehen. Windisch übernimmt auch in dieser Frage die Vorreiterrolle und muss versuchen, andere Gemeinden zur Mitarbeit zu gewinnen. Trotzdem sind wir mehrheitlich der Meinung, dass sich der Konzessionsvertrag und damit verbunden die Einnahmen für Windisch lohnen.

Bruno Schmid (SVP): Die SVP lehnt den Konzessionsvertrag und die Einführung einer neuen Verbrauchssteuer für die Bevölkerung ab. Ein Argument wurde erwähnt: 50% der Bevölkerung sind auf Gas umgestiegen. Gas ist in der CO2-Bilanz besser als Erdöl, nur Strom wäre noch besser. Allerdings wissen wir nicht, wohin die nationale Energiestrategie hinführt. Machen wir es wie in Deutschland, dann ist der Strom massiv schlechter. Wir müssen froh sein, dass die Leute mit Gas heizen. Es ist nicht in Ordnung, die Rahmenbedingungen nachträglich zu ändern, und dies notabene als einzige Gemeinde im Aargau.

Robert Kamer (FDP): Es ist der dritte Versuch, eine Rechtsunsicherheit zu beseitigen und eine Gleichstellung der verschiedenen Energieträger zu erreichen. Tatsache ist, dass Freunde auf der anderen Seite der Bahngelände unseren öffentlichen Grund und Boden zur Verfolgung eines wirtschaftlichen Zweckes gratis nutzen. Benütze ich einen Parkplatz im Zentrum, muss ich eine Parkgebühr entrichten. Muss ich nachts die Toilette benutzen, benötige ich Licht und anschliessend Wasser. Diese Tätigkeit löst dreimal eine Konzessionsabgabe aus. Ich sehe nicht ein, weshalb es beim Gas anders sein soll. Der Gemeinderat hat diese Botschaft aufgrund des Inputs im Finanzworkshop erarbeitet. Dieser wurde mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Botschaft informiert über die Gründe, bezüglich Ausgestaltung kann man verschiedener Ansicht sein. Klar ist, dass sich die IBB gegen diese Konzession wehrt. Die angeführten Argumente sind jedoch wenig stichhaltig. Die Verrechnungssoftware muss umprogrammiert werden, der einzige administrative Aufwand. Mit der Einführung der Konzessionsabgabe werden nicht andere Energieträger bevorzugt, das Gegenteil ist der Fall. Die jahrelange Bevorzugung des Gases wird jetzt aufgehoben. Der Vergleich von Gas und Erdöl wurde schon angesprochen. Erdöl wird durch die Mineralölsteuer bereits bevorzugt. Die IBB befürchtet, dass das Vorgehen von Windisch auch bei anderen Gemeinden Schule machen könnte. Die FDP stimmt den Anträgen mehrheitlich zu. Ich bin gespannt, wie meine Vorredner die allenfalls fehlenden Fr. 120'000.00 im Budget 2016 einsparen wollen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat lehnt eine verbrauchsgesteuerte Konzessionsabgabe von 0.2 Rp./kWh, die bei allen Endverbrauchern Tarifgruppen unabhängig erhoben wird, ab.

4 2015.31

Gemeindeverband Soziale Dienstleistungen Region Brugg; Satzungen und Beitritt

(Botschaft vom 24. August 2015)

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Über den komplexen Inhalt dieses Geschäftes habe ich an der Infoveranstaltung detailliert informiert. Die Vereine Kindes- und Erwachsenenschutz, Jugend- und Familienberatung und Mütter- und Väterberatung werden zu einem regionalen Verband zusammengeführt. Die Schaffung professioneller Strukturen und Arbeitsbedingungen, Transparenz, Kommunikation, eine gute Information der Gemeinden und eine faire Finanzierung sind die Ziele. Beim KESD und bei der Mütter- und Väterberatung sind die Kosten in den letzten drei Jahren massiv gestiegen. Fälle von Familien mit Kindern sind in den letzten Jahren komplexer geworden. Mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes wurden die Massnahmen spezifischer und teilweise umfassender. Der Aufwand ist für die Beistände und die Administration grösser geworden. Es ist ein schwacher Trost, dass dieser Trend im ganzen Kanton feststellbar ist.

Unser Anteil an der Ausfinanzierung und Erhöhung des Eigenkapitals beim KESD beträgt Fr. 74'000.00. Dieser wird als Nachtragskredit dem Einwohnerrat unterbreitet. Wir beantragen dieser Vorlage zuzustimmen.

Gestützt auf die hohen Kosten und Fallzahlen hat der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und dem Sozialdienst die Kosten für eine eigene Lösung berechnet. Der Vergleich mit der Verbandslösung zeigt kostenmässig keinen grossen Unterschied. Für den Aufbau benötigen wir ein Jahr, zurück können wir anschliessend nicht mehr. Der Gemeinderat beantragt deshalb den Beitritt zum Verband, nicht zuletzt aus Solidarität gegenüber den anderen Gemeinden. Sollte diese Solidarität nicht mehr funktionieren, behält sich der Gemeinderat eine Neueinschätzung und einen möglichen Alleingang vor.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Ammon (SVP): Danke für die gute, informative Botschaft. Einziger Schwachpunkt sind die Kosten, diese sind nicht tiefer. Wir stellen folgenden Zusatzantrag: „Der Gemeinderat wird legitimiert bei einer Änderung des Kostenverteilers zu Ungunsten der Gemeinde Windisch, eine neue „In-House“ Lösung zu erstellen.“ Dieser Zusatzantrag will den Gemeinderat unterstützen, im Bedarfsfalle eine eigene Lösung auszuarbeiten.

Marcel Mösch (SP): Die Botschaft ist sehr informativ, vieles ist nur zwischen den Zeilen lesbar. Drei Vereine mit unterschiedlichen Aufträgen werden zusammengeführt. Der KESD setzt als Behörde Gesetze und Verordnungen um und trifft Massnahmen, die beiden anderen Vereinen haben Beratungsfunktionen. Die Aufgaben widersprechen sich. Eine Zusammenlegung wird nur schwierig umsetzbar sein und Zeit benötigen. Der zweite Teil sind die Kosten. Im Moment ist die Verbandslösung kostenneutral. Dies wird sich jedoch ändern, verursachen doch alle Zusammenlegungen im Gesundheits- und Sozialwesen mit der Zeit massive Mehrkosten. Dies ist eine generelle Feststellung, da wir in diesem Bereich nicht sparen. Realisieren wir später eine eigene Lösung, sind die Kosten höher. Eine Gemeindelösung erlaubt individueller auf die Klienten einzugehen. Der Verband umfasst 25 Gemeinden, Windisch hat eine Stimme. Die aktuelle gute Situation kann sich schnell ändern. Aufgrund der hohen Fallzahlen können für Windisch schnell grosse Kostenfolgen entstehen. Die Kündigungsfrist für den Austritt aus dem Verband beträgt zwei Jahre, in dieser Zeit muss der gemeindeeigene Aufbau realisiert werden. Gesamthaft gesehen fährt Windisch finanziell schlechter, als wenn wir von Beginn an mit einer eigenen Lösung arbeiten. Die SP-Fraktion hat deshalb keine einheitliche Haltung. Ich kenne das Gesundheitswesen sehr gut und schlage vor, eine gemeindeeigene Lösung zu erarbeiten.

Philipp Umbricht (FDP): Ich teile die Auffassung von Marcel Mösch, es gibt jedoch ein praktisches Problem. Diese Botschaft kommt zu spät. Die Annahme, dass für die eigene Lösung ein Jahr benötigt wird, ist sehr sportlich. Es ist ein politischer Prozess notwendig, Entscheide müssen gefällt, Geldmittel bewilligt werden. Realistischer sind wohl eher 1 ½ Jahre. Fakt ist, dass der Verband, ob mit oder ohne uns, ab 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Die drei Vereine wird es nicht mehr geben, die heutige Organisation steht bis zur Inbetriebnahme einer eigenen Lösung nicht mehr zur Verfügung. Bis zum 1. Januar 2016 bleiben uns rund 70 Tage, dann müsste alles funktionieren. Dies ist nicht

möglich. Ich schliesse mich der SVP an, die Vorlage ist gut, bestimmen können wir aber nicht mehr darüber. Wir haben keine andere Option als mitzumachen und zuzustimmen. Wir können beitreten und gleichzeitig wieder künden. Dann haben wir zwei Jahre Zeit und können bis am 1. Januar 2018 eine eigene Lösung erarbeiten. Treten wir diesem Verband bei und geben ihm eine Chance. Funktioniert die neue Lösung gut, bleiben wir dabei, wenn nicht, können wir künden und in Ruhe eine günstigere eigene Lösung prüfen. Die Kosten steigen. Diese basieren zu 20% auf den Mandaten und zu 80% auf den Einwohnerzahlen. Definitiv teurer wird es, wenn die Vollkostenrechnung nur noch auf den Mandaten basiert. Mit der vorgeschlagenen Lösung profitieren wir von der Solidarität der anderen Gemeinden, allerdings nicht mehr so stark wie bis anhin. Wir stimmen der Vorlage mangels Alternativen zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Uns stört, dass die Verbandslösung gleich teuer sein soll, wie eine eigene. Eigene Lösungen waren immer günstiger, dies zeigen die Erfahrungen. Wir trauern dieser Möglichkeit nach. Uns fehlen die notwendigen Hintergrundinformationen und es ist nicht klar, ob sich eine eigene Lösung lohnen würde. Wir müssen sehr hohe Kosten bewilligen. Ob Windisch mit dieser Lösung profitiert, ist nicht ersichtlich. Wir sind gezwungen, einer sehr teuren Organisation beizutreten. Der zuständige Ressortchef muss den Kosten die notwendige Beachtung schenken. Die Kostenexplosion ist zu bremsen, der Verwaltungsaufwand zu drosseln, es sollen keine Papiertiger entstehen. Der Gemeinderat muss die Interessen von Windisch in dieser Organisation durchsetzen. Der erste Antrag ist fragwürdig, es darf nicht einfach ein Nachtragskredit gewährt werden. Dieses Problem hätte man mit einem Darlehen lösen müssen. Die Organisation startet mit genügend finanziellen Mitteln. Antrag 1 lehnen wir ab, Antrag 2 stimmen wir mangels Alternativen zu.

Ruedi Kümmin (EVP): Persönlich würde ich eine eigene Lösung bevorzugen, bin mir aber bewusst, dass die Zeit gegen uns ist. Gibt es keine Möglichkeit, gewisse Dienstleistungen selber zu erbringen?

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Wir haben die Möglichkeit eine Leistungsvereinbarung mit dem Verband abzuschliessen und wie bisher weiter zu arbeiten. Diese Lösung wurde im Hinblick auf eine allfällige Ablehnung des Vertrages andiskutiert.

Martin Schibli (EVP): Dies würde bedeuten, dass uns die Kosten auf Mandatsebene belastet würden?

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Der Gemeinderat sieht den Zusammenschluss optimistischer als Marcel Mösch. Der Prozess ist im Gange. Windisch ist im Vorstand vertreten und kann aktiv mitbestimmen. Die Aufgaben der drei Bereiche bleiben unverändert und müssen nicht neu organisiert werden. Deshalb stehe ich der Zusammenführung optimistisch gegenüber.

Marco Valetti (SVP): Weshalb wird Antrag 1 gestellt? Es wäre sympathisch dieses Geld nicht auszugeben.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir lehnen Antrag 1 ab, die Gemeinden sollen dieser Organisation Fr. 250'000.00 nachzahlen. Für diesen Nachtrag hätte der Darlehensweg gewählt werden müssen. Wir wollen dieses Geld wieder zurück, es wird nur als Starthilfe benötigt.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Es ist einerseits eine Nachzahlung notwendig, da das Budget 2015 zu optimistisch berechnet wurde. Andererseits soll das vom KESD in den Verband einzubringende Eigenkapital aufgestockt werden, damit der Verband liquid ist. Die beiden anderen Vereine verfügen über Reserven, diese fehlen dem KESD.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Zusammengefasst: Die Anträge können wir nur gesamthaft annehmen oder ablehnen.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag der SVP

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja- gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat wird legitimiert bei einer Änderung des Kostenteilers zu Ungunsten der Gemeinde Windisch, eine neue In-House Lösung zu erstellen.

Der Einwohnerrat fasst mit 20 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt eine einmalige Zahlung von CHF 74'077 für die Ausfinanzierung des KESD zur Deckung der laufenden Kosten 2015 und zur Stärkung des Eigenkapitals für den Eintritt in den neu gegründeten Verband.

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Satzungen und den Beitritt zum Verband Soziale Dienstleistungen Region Brugg.

5 2015.50

Technopark Aargau; Austritt als Gönner ab 2016

(Botschaft vom 31. August 2015)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): In den Leitsätzen zur Gemeindeentwicklung hält der Gemeinderat fest: „Die unmittelbare Nähe und die guten Kontakte zu Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie die ausserordentlich gute Erreichbarkeit prädestiniert die Ansiedlung von Betrieben und Arbeitsplätzen in der Gemeinde.“ Mit dieser Botschaft sagen wir, Ja aber... Das Kunzareal liegt in einem Sackgassenquartier, die Erschliessungsstrasse ist zum Teil sehr schmal. Die Stifter erachteten 2006 das Kunzareal als geeigneten Standort für den Technopark Aargau. Das Projekt wurde mit dem Grundeigentümer als Risikoträger gestartet und wird seit 2010 durch die Gemeinde Windisch ideologisch und finanziell unterstützt. Mit der Aussiedlung nach Brugg, fünf akkreditierte Betriebe in Unterwindisch dürfen das Technopark-Label weiterhin verwenden, wurde das Risiko vollumfänglich dem Technopark übertragen. Nach Gesprächen mit der Führung des Technopark und einer Vertretung der HIAG hat der Gemeinderat den Austritt als Stifter aus dem Technopark beschlossen. Wir bitten den Einwohnerrat diesem Antrag zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Matthias Knecht (FDP): Mit dem Wegzug des Technoparks entfällt die Grundlage für das weitere Verbleiben in der Stiftung. Die knappen Ressourcen sind für eigene Projekte oder für den Schuldenabbau einzusetzen. Wir stimmen dem Antrag zu.

Algimantas Gegeckas (CVP): Zwei Partner haben sich auseinandergelebt, wir stimmen dem Antrag zu.

Andreas Baschnagel (SVP): Ich schliesse mich den Vorrednern an. Vorher haben wir viel Geld ausgegeben, jetzt sparen wir etwas ein. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat hebt seinen Beschluss vom 16. Juni 2010 auf. Er stimmt dem Austritt aus dem Technopark als Gönner und der Streichung des Beitrages über CHF 10'000.00 aus dem Budget 2016 und Folgejahre zu.

6 2015.32

Budget 2016 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen)

(Botschaft vom 24. August 2015)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Berichte über die Budgetdiskussionen in den Gemeinden erstaunen mich nicht. Ich hoffe, dass die Budgetberatung bei uns in einem zeitlich vernünftigen Rahmen erfolgen kann.

Nebst dem Budget liegen der informative Budgetbericht und der umfassende Bericht der FiGPK vor. Bereits früher wurden die Finanzpläne zugestellt. Diese Dokumente bilden die Entwicklung der letzten 14 Jahre bzw. der nächsten Jahre ab. Gleichzeitig zeigen sie die Zielsetzungen des Gemeinderates. Er führt regelmässig Finanzworkshops mit dem Ziel durch, einen offenen Dialog über die Gemeindeentwicklung und die Finanzen zu führen. Die Ausfinanzierung der APK hat eine Schuldenzunahme zur Folge. Des-

halb wurde die Finanzlage in den drei letzten Workshops analysiert. Der Gemeinderat hat sich beim Budget 2016 detailliert mit den beeinflussbaren Ausgaben befasst. Die heute diskutierten Botschaften, die Resultate der Workshops und weitere Zielsetzungen sind in die Finanzplanung eingeflossen. Finanzplanung und Budget zeigen, in welchem Zeitrahmen Massnahmen umgesetzt werden können.

Auch 2015 hat die Bevölkerung überdurchschnittlich zugenommen. Dieses Wachstum wirkt sich auf die Arbeitsbelastung der Verwaltung aus. Die Pensen in verschiedenen Abteilungen wurden überprüft. Der Ausbau der Online-Dienstleistungen soll der zunehmenden Digitalisierung Rechnung tragen und mithelfen, die notwendigen Pensenerhöhungen zu minimieren. Im Frühsommer hat der Gemeinderat gemeinsam mit dem Kader das Prozessmanagement gestartet. Die Abläufe sollen gestrafft und die Zuständigkeiten geregelt werden. Daraus resultierende Massnahmen fangen allenfalls das Wachstum etwas auf. Das Thema IKS wird in das System integriert.

Die Überarbeitung des REF ist eine weitere Zielsetzung für 2016, die Revision der Bau- und Nutzungsordnung wird uns stark beschäftigen. Die Schulraumplanung ermöglicht 2016 eine umfassende Auslegeordnung über die zu erwartenden Unterhalts- und Investitionskosten in den nächsten Jahren. Wir werden eine Gesamtschau der Investitions- und Finanzlage erstellen. Diese wird die politischen Gremien bezüglich Investitions- und Unterhaltsvolumen, aber auch Steuerfuss, fordern. Der Gemeinderat hat seine Zielsetzungen für 2016 festgelegt und die notwendigen Mittel im Budget eingestellt. Nach wie vor erachtet er die Kommunikation als sehr wichtig. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 118 % zu genehmigen. Im Rahmen der Debatte wird der Gemeinderat noch über Veränderungen informieren.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Wir haben das Budget in drei Sitzungen und viel Selbststudium eingehend geprüft. Bei einem Betriebsaufwand von 28,9 Millionen und einem Ertrag von 28,1 Millionen Franken resultiert aus der betrieblichen Tätigkeit ein Minus von rund Fr. 800'000.00. Nach Abzug des Finanzierungsergebnisses beträgt das Defizit noch rund Fr. 570'000.00. Das Resultat belegt eine vorsichtige, sehr gut dokumentierte Budgetierung. Das Defizit entspricht ca. 2% des Umsatzes von 28 Mio. Franken und kann als Budgetungenauigkeit eingestuft werden.

Mit der Annahme des Budgets genehmigen wir die Budgetkredite von 1.1 Mio. Franken. Wir haben diese speziell geprüft, da weniger Informationen vorliegen, als bei den Verpflichtungskrediten. Das Einsatzleitfahrzeug für die Feuerwehr gehört nicht zur Pflichtausrüstung. Wir beantragen, den Betrag von Fr. 39'000.00 zu streichen.

Auf Seite 14 des Berichtes wird der seit Jahren andauernde Anstieg der gebundenen Kosten dokumentiert. Die beeinflussbaren Ausgaben bewegen sich praktisch auf dem gleichen Niveau wie vor 14 Jahren. Dies belegt, wie sorgfältig die Verantwortlichen mit den finanziellen Mitteln umgehen.

Die finanztechnische Kontrolle soll inskünftig einer externen Revisionsstelle übertragen werden. Die Anforderungen an die Revisionen sind mit HRM2 stark gestiegen. Für die substanzielle Prüfung der Abschreibungen beispielsweise ist entsprechendes Fachwissen erforderlich. Karin Hefti und Peter Hartmann haben dieses, ob dies so bleibt, wissen wir nicht. Die Prüfung des finanztechnischen Teils durch Fachpersonen gibt eine grössere Sicherheit. Die FiGPK wird sich auf die finanzpolitische Prüfung konzentrieren. Marco Wächter hat entsprechende Offerten eingeholt, da es bei der Revisionsgesellschaft einen Wechsel gibt. Im Budget wurden vorsorglich Fr. 3'000.00 eingestellt.

Ich danke den Mitgliedern der FiGPK für den grossen Einsatz und die gute Termindisziplin. Dies erlaubte die Arbeiten termingerecht abzuschliessen. Marco Wächter danke ich für die ausführliche und fundierte Beantwortung unserer Fragen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Barbara Scheidegger (CVP): Danke für die Ausarbeitung des Budgets, wir beantragen dessen Rückweisung. Trotz höherer Steuereinnahmen resultiert ein Defizit. Während meinen 14 Jahren im Einwohnerrat wurde immer investiert, es wurde auf die Notwendigkeit und die zu erwartenden höheren Steuererträge hingewiesen. Diese sind da und wir erwarten ein ausgeglichenes Budget. Wir wissen, dass die gebundenen Ausgaben, im Gegensatz zu den beeinflussbaren, stark gestiegen sind. Die Gemeinde profitiert auch von den gebundenen Ausgaben. Es ist frustrierend, dass für gemeindeeigene Projekte anteilmässig immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Ein ausgeglichenes Budget erfordert Kürzungen. Das Streichen von ein bis zwei grösseren Positionen löst das Problem aber nicht. Wir haben 20 mögliche Kürzungsanträge vorbereitet. Mit unserem Rückweisungsantrag geben wir dem Gemeinderat die Chance, unsere Kürzungen zu prüfen. Andernfalls müssen unsere Anträge zur Reduktion der Kosten einzeln diskutiert werden.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Dieser, mit möglichen Kürzungen begründete Antrag, überrascht mich sehr. Dieser Punkt wurde im ersten Workshop ohne Resultate

diskutiert. Die Gaskonzession wurde abgelehnt, die Kosten beim KESD, mit Verbandslösung oder eigener Lösung, halten sich die Waage. Der Austritt aus dem Technopark wurde heute bestätigt. Als Finanzverantwortliche habe ich mit Kürzungen ein grosses Problem. Diese sind mit dem Abbau von Dienstleistungen verbunden. Ich vertrete den Steuerfuss von 118%, weil damit unsere Dienstleistungen stimmen. Werden Stellenprozente gekürzt, Infrastrukturaufgaben reduziert, beispielsweise bei der Digitalisierung, frage ich mich, wie lange die Bürger das Budget noch akzeptieren. Wir haben ein sehr gutes Dienstleistungsangebot, die Bevölkerung toleriert den Steuerfuss im Moment. Diskutieren kann man immer, dagegen wehre ich mich nicht. Es steht im Budget, es steht im Bericht der FiGPK, wir müssen den Finanzen Sorge tragen. Bruno Graf hat die Situation aufgezeigt. Trotz vielen Kürzungen in den letzten 14 Jahren sind wir auf einem guten Weg. Verwaltung, Gemeinderat und Einwohnerrat haben das Ziel vor Augen. Die Äusserungen sind sehr spannend. Ich hatte gestern Abend in meiner Kochschule ein Gespräch mit einem Einwohnerrat aus Baden. Er ist erstaunt, welche guten Dienstleistungen unsere Verwaltung erbringt. Ausgaben von 2015 haben das Niveau von 2002. Dies ist in Baden nicht der Fall, die Kosten sind massiv gestiegen. Ich bitte den Einwohnerrat sein Vorgehen zu prüfen. Er kann das Budget zurückweisen und den Gemeinderat und die Verwaltung beschäftigen, das Resultat wird sich nicht verändern. Der Gemeinderat hat die Resultate aus den Workshops kritisch überprüft. Die Schulraumplanung wird nächstes Jahr für Diskussionen sorgen. Ich bitte auch für die Verwaltung, das Budget 2016 zu genehmigen.

Philipp Umbricht (FDP): Gemeinderat und FiGPK haben informiert, dass gestrichen wurde wo Handlungsspielraum besteht und was in unserer Kompetenz liegt. Gemeinderat und FiGPK liegen richtig. Die Frage ist, hat der Gemeinderat seine Kompetenz ausgeschöpft oder gibt es Kürzungsmöglichkeiten? Seit dem ersten Studium des Budgets bin ich überzeugt, dass Verwaltung und Gemeinderat gute Arbeit geleistet haben. Das Budget enthält alle notwendigen Ausgaben, kaum eine Position kann als „nice to have“ bezeichnet werden. Der Einwohnerrat muss sich einigen, ob er diese Auffassung teilt. Entweder heute oder dann mit einem neuen Budget im Januar. Sollte der Gemeinderat die Kürzungen der CVP umsetzen, würden diese im Januar durch einen neuen Antrag wieder ersetzt. Die Diskussion muss heute geführt werden, wir lehnen den Antrag ab.

Bernhard Stüssi (SVP): Wir werden die Kürzungsvorschläge der CVP prüfen und dann entscheiden.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 6 Ja- gegen 30 Nein-Stimmen ab.

Paul Bitschnau (SP): Im Spannungsfeld zwischen gut funktionierenden Dienstleistungen für unsere Einwohner und den finanziellen Herausforderungen haben Gemeinderat und Verwaltung ein sehr vorsichtiges Budget erarbeitet. Das prognostizierte Defizit ist durch das Eigenkapital abgedeckt. Dieser Aufwandüberschuss darf nicht zu einer panischen Überreaktion führen. Er liegt wie immer innerhalb einer gewissen Bandbreite. In den letzten Jahren führten verschiedenste Gründe zu einem positiven Abschluss. Ich bin überzeugt, dies wird 2015 und 2016 ebenfalls der Fall sein. Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung sind sich sehr bewusst, dass unsere Mittel haushälterisch eingesetzt werden müssen. Wie viele andere Gemeinden ächzt Windisch unter den laufend steigenden gebundenen Ausgaben. Wir kennen es zur Genüge, diese steigen schneller als die Einnahmen. Auffällig ist, dass der Handlungsspielraum in den letzten 14 Jahren nicht grösser geworden ist, was den haushälterischen Umgang mit dem Geld belegt. Windisch hat ein strukturelles Problem. Im Vergleich mit dem Kanton haben wir ein tiefes Steuersubstrat und haben Anspruch auf Finanzausgleich. Ein herzliches Danke dem Gemeinderat für seinen Einsatz für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich und einen vorteilhaften Verteilschlüssel. Sehr viel harte Arbeit und harte Verhandlungen sind damit verbunden. Die Spezialfinanzierungen sind gesund und bereit für die anstehenden Investitionen. Die SP-Fraktion weiss, dass in Zukunft kreative Lösungen für die Einnahmenseite diskutiert werden müssen. Eine ist mit der Ablehnung Gaskonzession bereits gescheitert. Unumgänglich wird eine Diskussion über eine Steuerfusserhöhung sein. Gemeinderat und Verwaltung haben unter schwierigen Rahmenbedingungen ein haushälterisches Budget erarbeitet. Wir danken für die geleistete grosse Arbeit, auch der FiGPK. Die SP stimmt dem Budget zu und dokumentiert damit das Vertrauen gegenüber Verwaltung und Gemeinderat.

Martin Schibli (EVP): Auch wir danken Verwaltung und Gemeinderat für die Erarbeitung des Budgets und der FiGPK für den Bericht. Die EVP hat einzelne beeinflussbare Positionen geprüft und wo nötig beim Gemeinderat und der Verwaltung Rückfragen gestellt. Bei einzelnen Positionen besteht Klärungsbedarf und wir werden verschiedene Anträge einbringen oder unterstützen. Grundsätzlich heissen wir das vorliegende Budget gut.

Werner Rupp (SVP): Ich schliesse mich den Vorredern mehrheitlich an. Das Budget hat kein Sparpotential mehr, wir stimmen diesem zu.

Philipp Umbricht (FDP): Besten Dank an die Finanzverwaltung, den Gemeinderat und die FiGK für die geleistete Arbeit. Ein Budget mit einem Defizit ist nie erfreulich. Dieses ist mittlerweile auf Fr. 680'000.00 angestiegen. Dieser Betrag entspricht 5 bis 6 Steuerprozenten, nicht wenig. Einige grössere Aufgaben, teilweise Wünsche, stehen noch bevor. Wir haben eine gute, leistungsfähige Verwaltung. Sie ist für den Bürger da, wenn er sie braucht. Dies muss so sein. Wir wollen nicht die gleiche Entwicklung wie bei vielen Poststellen, die schlussendlich geschlossen wurden. Eine solche Entwicklung führt zum Verlust von Einwohnern und damit auch Steuerzahlern. Die Ersten welche wegziehen sind in der Regel diejenigen, welche nicht wenig Steuern bezahlen. Wir stimmen dem Budget, obwohl wir über das budgetierte Defizit nicht glücklich sind, zu. Unseren Fokus legen wir auf die Investitionen. In diesem Bereich kann einfacher und schneller ein Minus eingespart werden, als mit der Streichung von kleinen Beträgen. Ich bin überzeugt, dass ein sparsamer Umgang mit den Mitteln zu Einsparungen führt. Ich wäre froh, wenn die SP, konkrete kreative Lösungen, sei es bei den Ausgaben oder den Einnahmen, präsentieren würde. Ausser dem Verkauf von Liegenschaften, der im Einwohnerrat keine Zustimmung fand, sehe ich keine anderen kreativen Lösungen. Eine Steuerfusserhöhung ist sicher keine kreative Lösung.

Barbara Scheidegger (CVP): Zur Reduktion des Defizits haben wir einige Hauptpunkte überprüft. Wir fordern, dass der Personalbestand der Verwaltung auf dem Etat 2015 bleibt und wissen, dass wir uns damit keine Freunde schaffen. Wir haben die Verwaltung in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Wir wissen, dass dadurch gewisse Leistungen nicht mehr möglich sind. Wir verlangen eine Übersicht, was wirklich notwendig und was nicht mehr machbar ist. Der Ausbau der elektronischen Dienstleistungen verursacht hohe Kosten, einen Nutzen sehen wir keinen. Dieser Ausbau muss zu einer Reduktion der Ausgaben führen. Neuerungen müssen zuerst eingeführt werden, es gilt Erfahrungen zu sammeln. Nur, was eingeführt ist, lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Das Qualitätsmanagement muss sichtbare Auswirkungen auf das Budget haben. Ansonsten ist darauf zu verzichten, ausser man hat die Verbesserung der Dienstleistungsqualität zum Ziel. Wir leben in einem extrem perfekt organisierten Land. Wenn das so weiter geht, werden wir uns zu Tode verwalten. Es kann nicht immer noch perfekter, noch sicherer, noch besser sein.

Wir schätzen die Auflistung der Budgetkredite, werden aber auch bei den Investitionsausgaben unsere Haltung einbringen.

Detailberatung Budget

Anton Burger (CVP):

0120.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter

0120.3134.00 Sachversicherungsprämien

Eine Rechtsschutzversicherung im Betrage von Fr. 10'400.00 soll abgeschlossen werden. Damit werden notwendige Anwaltskosten gedeckt bzw. bei Bedarf kann ein Anwalt beigezogen werden. Ich finde das Vorgehen in Ordnung, es muss jedoch zu Einsparungen führen. Ich beantrage das Konto Honorare externe Berater um Fr. 10'000.00 zu kürzen.

Barbara Scheidegger (CVP):

0221.3010.00 Löhne Gemeindekanzlei

0223.3010.00 Löhne Informatik

Wir lehnen die Stellenaufstockung ab, das Budget ist um Fr. 17'800.00 auf den Stand von 2015 zu kürzen. Die Löhne für die Informatik sind um Fr. 20'400.00 auf den Stand 2015 zu kürzen.

Anton Burger (CVP)

0222.3130.01 Dienstleistungen Dritter

Für viele Arbeiten sollen externe Berater eingesetzt werden, so auch für eine Nutzungsstudie Gemeindeverwaltung/Betriebe. Die Umnutzung der EW-Lokalitäten soll geprüft werden. Die Honorarkosten sind auch bei den Spezialfinanzierungen EW enthalten. Wir beantragen eine Kürzung um Fr. 20'000.00 auf Fr. 56'250.00, beim EW sind die Kosten zu belassen.

0120.3132.00 Honorare externe Berater

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Rechtsstreit Anschlussgebühren Mülimatte hat zum Abschluss einer Rechtsschutzversicherung geführt. Damit können wir solche Fälle besser absichern. Die Bearbeitung komplexer Themenbereiche erfordert den Beizug eines Beraters. Der Betrag von Fr. 20'000.00 entspricht dem Durchschnittswert

der letzten Jahre. Diese Honorare haben keinen Zusammenhang mit der Rechtsschutzversicherung.

Offene Abstimmung

0120.3132.00 Honorare externe Berater

Der Einwohnerrat lehnt die Kürzung um Fr. 10'000.00 mit 10 Ja- gegen 26 Nein-Stimmen ab.

0221.3010.00 Löhne Gemeindekanzlei

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Den Nutzen der Digitalisierung haben wir bei der Aufstockung berücksichtigt. Wir müssen die Web-Dienste optimieren, gleichzeitig wollen wir das Wachstum etwas ausgleichen. Ohne diese Optimierung müssten die Stellenprozente um weitere 50 bis 70% erhöht werden. Die Einwohner sollen gewisse Dienstleistungen zu Hause erledigen können und nicht am Schalter der Einwohnerdienste beziehen müssen. Die Einwohnerzahl ist von 6'800 auf im Moment rund 7'400 Einwohner gestiegen. Der Personalbestand wurde bisher nicht angepasst. Beim Steueramt waren Anpassungen notwendig, um bei den Veranlagungen aktuell zu sein. In gewissen Bereichen ist der Stellenmarkt mit erfahrener Personal komplett ausgetrocknet. Es werden junge Berufsleute angestellt, welche entsprechend eingearbeitet werden müssen. Im Steuerbereich vergehen zwei Jahre bis die Leistung eines Ausgebildeten erbracht werden kann. Der Gemeinderat hat die Situation auch unter diesem Aspekt geprüft. Um das effektive Wachstum auffangen und trotzdem eine gute Dienstleistung erbringen zu können, ist eine gewisse Anpassung des Personalbestandes unumgänglich.

Offene Abstimmung

0221.3010.00 Gemeindekanzlei, Löhne

Der Einwohnerrat lehnt die Kürzung des Betrages um Fr. 17'800.00 mit 9 Ja- gegen 26 Nein-Stimmen ab.

0222.3130.04 Planung und Bau, Dienstleistungen Dritter

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Anstelle von Stellenaufstockungen wird das Wachstum bei der Planung und Bau mit dem Einkauf von externen Leistungen aufgefangen.

Offene Abstimmung

0222.3130.01

Der Einwohnerrat lehnt die Kürzung um Fr. 20'000.00 mit 16 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen ab.

0223.3010.00 Löhne Informatik

Nadine Fischer (SP): Sind dies interne Löhne oder wird ein externer Informatiker beigezogen?

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die angestellte Person muss zusätzliche Leistungen erbringen. Bei der Informatik stossen wir immer wieder an Grenzen. Die Gewährleistung des notwendigen Supports macht diese Stellenaufstockung notwendig.

Philipp Umbricht (FDP): Ich spreche als Chef eines grösseren Verwaltungsbetriebes. Ein Ausfall der IT hat gravierende Konsequenzen, Arbeiten ist nicht mehr möglich. Die Kosten sind aufgrund der Grösse von Windisch alles andere als überrissen. Sparen führt zu einer kritischen Situation. Der Bedarf ist ausgewiesen. Kann die Verwaltung infolge eines IT-Ausfalls zwei Tage nicht arbeiten entstehen viel höhere Kosten. Eine Streichung ist ein zu grosses Risiko.

Marco Valetti (SVP): Arbeitet diese Person neu 120%? Oder wird das Pensum erhöht, weil sie heute nicht 100% angestellt ist?

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Diese Person hat noch externe Aufgaben wahrgenommen. Sie wird inskünftig mehr für die Gemeinde arbeiten.

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Das Pensum wird von 50% auf 70% erhöht.

Offene Abstimmung

0223.3010.00 Löhne Informatik

Der Einwohnerrat lehnt die Kürzung um Fr. 20'400.00 mit 6 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen ab.

Barbara Scheidegger (CVP): Zum Unterhalt der Schulanlagen stellen wir drei Anträge.

2171.3144.00 Schulhaus Dorfstrasse, Unterhalt Hochbauten

Die Bauten müssen unterhalten werden. Wir beantragen, die Kosten um Fr. 20'000.00 zu reduzieren und die geplanten Massnahmen nochmals zu überprüfen. Es sind Konkurrenzofferten einzuholen, damit die günstigste Variante zum Zuge kommt. Die Kosten sind möglichst tief zu halten.

2173.3120.03 Bezirksschulhaus, Heizkosten

2016 wird der gleiche Betrag budgetiert wie 2015. Dieser ist höher als in der Rechnung 2014. Das Bezirksschulhaus ist energetisch saniert und deshalb müssen die Heizkosten sinken. Den Grössenumfang kennen wir nicht, aber wir beantragen eine Kürzung um Fr. 25'000.00.

2173.3144.00 Bezirksschulhaus, Unterhalt Hochbauten

Im Vergleich mit 2015 ist der Aufwand Fr. 10'000.00 höher. In einem neu sanierten Gebäude dürfen die Unterhaltskosten nicht ansteigen, sie sind auf dem Niveau von 2015 zu belassen. Wir beantragen eine Kürzung um Fr. 10'100.00.

2201.3144.00 Unterhalt Hochbauten

Der Unterhalt ist um Fr. 20'000.00 zu kürzen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Beim Dorfschulhaus muss das Dach isoliert werden. Im Sommer ist es in den oberen Zimmer so heiss, dass ein Unterrichten fast nicht mehr möglich ist, im Winter beheizen wir die Umgebung. In den letzten Jahren wurde beim Unterhalt der Schulanlagen sehr viel gespart. Nur die notwendigsten Arbeiten wurden ausgeführt. Sparen kann man immer, nur wird uns die Realität früher oder später einholen.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Die FiGPK hat eine realistische Budgetierung des Unterhalts der Schulanlagen verlangt. Diese Forderung haben wir umgesetzt.

2171.3144.00 Schulanlage Dorf, Unterhalt Hochbauten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung von Fr. 20'000.00 mit 10 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen ab.

2173.3120.03 Bezirksschulhaus, Heizkosten

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Im Bezirksschulhaus befindet sich die Heizzentrale, von hier werden auch das Schulhaus Chapf, der Singsaal, das Dohlenzelg Schulhaus und die Turnhallen Dohlenzelg beheizt. Es ist ein Kombiheizkessel Gas/Heizöl, ein Gaskessel ist defekt, die beiden anderen sind nicht regulierbar. Das Heizen der Schulhäuser kann nicht gesteuert werden, Wärmezähler sind nicht vorhanden. 2014 wurden in einem ersten Schritt kurzfristige Massnahmen im Betrage von Fr. 75'000.00 umgesetzt. 2016 sind für mittelfristige Massnahmen Fr. 195'000.00 vorgesehen. Die einzelnen Anlagen sollen hydraulisch abgetrennt werden, damit der Verbrauch ersichtlich ist. Ist der Budgetbetrag aufgebraucht, stellen wir die Radiatoren ab und lassen die Kinder frieren, Hauptsache wir sparen.

Barbara Scheidegger (CVP): Dies ist nicht unsere Idee. Eine energetische Sanierung muss sich auf die Heizkosten auswirken, ansonsten ist sie sinnlos. Für uns ist kein Nutzen dieser Sanierung ersichtlich.

Martin Gautschi (FDP): Die Ansicht von Barbara Scheidegger ist plausibel. Die Preise für die fossilen Brennstoffe sind stark gesunken. Ich schliesse mich der Meinung an, dass eine energetische Sanierung auf die Heizkosten einen Einfluss haben muss und Einsparungen resultieren.

Marco Valetti (SVP): Die Heizkosten der verschiedenen Schulanlagen werden nur beim Bezirksschulhaus budgetiert, dies ist irreführend. Beim Schulhaus Chapf werden keine Heizkosten ausgewiesen, da sich die Heizung im Bezirksschulhaus befindet. Eine energetische Sanierung muss zu Einsparungen führen. Die budgetierten Kosten betreffen nicht nur das Bezirksschulhaus, sondern alle angeschlossenen Schulanlagen. Die Heizkosten können den einzelnen Schulhäusern nicht zugewiesen werden, da ein Wärmezähler fehlt. Der Betrag kann natürlich reduziert werden. Genügt der Budgetposten nicht, wird er überschritten und im nächsten Jahr wieder angepasst. Die Heizung des Bezirksschulhauses wurde nicht saniert. Es ist bekannt, dass diese keinen guten Zustand aufweist.

Philipp Umbricht (FDP): Unabhängig davon, was mit diesem Betrag geschieht: Es ist Bilanzkosmetik. Die Rechnungen für die Heizkosten müssen wir bezahlen, wie hoch diese nächstes Jahr sein werden, wissen wir nicht. Dies ist auch stark vom Wetter abhängig. Realistisch kann der Mittelwert der vergangenen Jahre budgetiert werden.

Bernhard Stüssi (SVP): 2014 beliefen sich die Heizkosten auf Fr. 108'000.00. Die CVP will den Betrag von Fr. 125'000.00 auf Fr. 100'000.00 reduzieren. Somit haben wir nicht Fr. 25'000.00, sondern nur Fr. 8'000.00 eingespart.

Offene Abstimmung

2173.3120.03 Bezirksschulhaus, Heizkosten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 20'000.00 mit 7 Ja- gegen 26 Nein-Stimmen ab.

2173.3144.00 Bezirksschulhaus, Unterhalt Hochbauten

Fredy Bolt (SP): Den grössten Anteil an diesen Kosten haben die Serviceleistungen für die Infrastruktur. Das Auswechseln der Fenstergriffe hat bei vielen Leuten ein Schmunzeln ausgelöst. Offenbar hat man sich durchgerungen, dass nicht nur die Lehrer einen Schlüssel für das Öffnen der Fenster haben sollen.

Offene Abstimmung

2173.3144.00 Bezirksschulhaus, Unterhalt Hochbauten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 10'100.00 mit 9 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen ab.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Ich informiere über eine Budgetänderung bei der Musikschule. Im Finanzworkshop wurde eine Erhöhung des Deckungsgrades auf 80% diskutiert. Gemäss Benchmark liegen wir mit 65% im oberen Bereich. Der Zielwert lag bisher bei 60%, der Gemeinderat hat ihn auf 65% erhöht. Damit verbunden ist eine Tarifierpassung, welche auf den Beginn des Schuljahres 2015/16 wirksam wird. Früher ist nicht möglich. Betroffen sind nicht nur die Schüler aus Windisch, sondern auch diejenigen der Aussengemeinden. Diese wurden im September entsprechend informiert.

Dabei wurde übersehen, dass gemäss Vereinbarung während zwei Jahren keine Tarifierhöhung erfolgen darf. Da die letzte Tarifierhöhung erst vor einem Jahr erfolgt ist, haben die Gemeinden reagiert. Die Vereinbarungen stammen aus dem Jahr 2008. Der Gemeinderat hat beschlossen diese zu kündigen und die Gemeinden gleichzeitig zu informieren, dass eine Tarifierhöhung erst auf den 1. August 2016 möglich ist. Somit sind die budgetierten Elternbeiträge um rund Fr. 20'000.00 zu hoch budgetiert. Die Situation ist unerfreulich und wir geben uns Mühe, dass solche Fehler nicht mehr passieren. Beim Konto 2146.4231.03 reduziert sich der Betrag um Fr. 20'000.00.

2201.3144.00 HPS, Unterhalt Hochbauten

Fredy Bolt (SP): Die HPS ist eine Spezialfinanzierung mit eigener Rechnungsführung. 2016 resultiert wiederum ein Überschuss. Die Verwendung der Mittel liegt bei der HPS, der Schulleiter hat einen grossen Entscheidungsspielraum. Eine Kürzung zu beschliessen, wäre falsch. Es ist wichtig, dass dieses Gebäude gut unterhalten ist, die Mittel sind vorhanden. Eine Kürzung hat keine positiven Folgen für die Gemeinde.

Offene Abstimmung

2201.3144.00 HPS, Unterhalt Hochbauten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 20'000.00 mit 5 Ja- gegen 28 Nein-Stimmen ab.

Barbara Scheidegger (CVP): Die Defizitgarantie von Fr. 210'000.00 an den Campussaal ist bewilligt. Wir verlangen 2016 eine Information über den Erfolg des Saales und die Prognosen über das weitere Vorgehen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Im Rahmen der Rechnungsabnahme konnten die Unterlagen eingesehen und der Bericht gelesen werden. Die Zahlen 2016 liegen mir im Moment nicht vor, ich werde an der nächsten Sitzung unter Mitteilungen des Gemeinderates informieren.

Marco Valetti (SVP):

4900.3636.00 Gesundheitswesen, übriges, Beiträge an private Organisationen

Bis ins Jahr 2015 könnte man bei diesem Konto Fr. 50'000.00 einsparen. Ich beantrage den Betrag von Fr. 50.00 zu streichen.



Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Dies ist der Gönnerbeitrag an die REGA.

4900.3636.00 Beiträge an private Organisationen

Der Einwohnerrat lehnt die Streichung des Gönnerbeitrages an die REGA mit 9 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab.

Marc Keller (CVP):

5442.3130.01, Jugendtreff, Dienstleistungen Dritter

5442.3144.0 Jugendtreff, Unterhalt Hochbauten, Gebäude

Ich beantrage die Dienstleistungen Dritter um Fr. 2'000.00 und Unterhalt Hochbauten um Fr. 4'000.00 zu reduzieren. Die Stellenprozente der Jugendarbeiter haben wir genehmigt, aber keine weiteren Gelder für Dienstleistungen Dritter. Ein Teil dieses Geldes ist gemäss Detailbudget für die Entschädigung von Jugendlichen vorgesehen. Eine Bezahlung der Freiwilligenarbeit ist nicht zweckmässig. Für Reinigungsarbeiten oder kleine Unterhaltsarbeiten sind vermehrt Jugendliche einzusetzen.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Wir haben keine Änderungen vorgenommen, die Personalkosten wurden vom Vorjahr übernommen. Die Bezeichnung Dienstleistungen ist irreführend: Es geht nicht um Entschädigungen für Dritte, über dieses Konto werden die Projekte der Jugendlichen finanziert, wie zum Beispiel Midnight-Sport oder die Mitwirkung am Jugendfest 2016. Das Budget Jugendtreff enthält keine Neuerungen, dies wird bereits zwei Jahren so gehandhabt.

Offene Abstimmungen

5442.3130.01 Jugendtreff, Dienstleistungen Dritte

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 2'000.00 mit 13 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen ab.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Beim Gebäudeunterhalt sind drei Bedürfnisse ausgewiesen: Die Beleuchtung im Büro, die Nasseuchten im Küchenbereich und die Begrünung des Schattendaches, damit es darunter nicht zu heiss wird. Fr. 5'000.00 sind für diverse Unterhaltsarbeiten vorgesehen. Die Details sind mir nicht bekannt.

Offene Abstimmung

5442.3144.00 Jugendtreff, Unterhalt Hochbauten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 4'000.00 mit 14 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen ab.

Andrea Höbel (CVP):

6150.3141.01 Strassensignalisationen

Der Fussgängerstreifen beim Volg fehlt nach wie vor und die Situation ist speziell für die Kindergartenkinder unübersichtlich und gefährlich. Vielleicht ändern wir den Text von Lorient „Auf der Rennbahn“. Es heisst dann nicht mehr: „Ja wo laufen sie denn, ja wo laufen sie denn, sondern: „Wann laufen wir denn, wie laufen wir denn“. Dies ist meine letzte Aufforderung diesen Fussgängerstreifen zu realisieren.

Anton Burger (CVP):

6151, Parkplätze, Löhne

Für die Parkplatzbewirtschaftung soll das Personal aufgestockt werden. Diese Kosten sind zu streichen, da bei den Parkbussen keine höheren Einnahmen budgetiert werden.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Die Parkplatzbewirtschaftung wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Alle Gemeinderäte werden laufend darauf hingewiesen, dass an verschiedenen Strassen ohne Parkkarte dauerparkiert wird. Diese Pendezenz muss aufgearbeitet werden, es ist ein festes Pensum erforderlich. Die Budgetierung von Einnahmen ist heikel. Für eine konsequente Bewirtschaftung wird Personal benötigt, dies verursacht Kosten. Der Kauf der Parkkarten soll regelmässig überwacht und kontrolliert werden.

Philipp Umbricht (FDP): Das Parkierungsreglement muss konsequent umgesetzt werden. Damit alle gleich behandelt werden, sind Kontrollen notwendig. Das Ziel sind nicht Parkbussen, sondern der Kauf der vorgeschriebenen Parkkarte.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Wir benötigen wieder eine zuständige Person für diesen Aufgabenbereich. In letzter Zeit musste sich der Verwaltungsleiter stark mit diesem Bereich auseinandersetzen, dies ist nicht seine Aufgabe. Die zuständige Person wird ausgebildet und eingeführt, damit sie Kontrollen richtig durchführen kann.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Früher hatten wir für die Parkplatzbewirtschaftung eine 50%-Stelle. Diese wurde nicht mehr besetzt und jetzt sind dafür 20% vorgesehen.

Offene Abstimmung

6151 Parkplatzbewirtschaftung, Löhne

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Streichung der Lohnkosten mit 4 Ja- gegen 29 Nein-Stimmen ab.

Andrea Höbel (CVP):

Konto 7101.3130.51, Dienstleistungen Dritter

Es wäre sehr wichtig, endlich das Reglement über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen zu überarbeiten.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Die Kosten für die Überarbeitung sind im Budget enthalten.

Andrea Höbel (CVP):

7690.3130.01 übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Dienstleistungen Dritter
Diese Dienstleistungen sind wichtig und lösen die Sanierung des Kugelfangs, der kleinen Aare und der Fröschegräben aus.

Barbara Scheidegger (CVP):

8401.3120.01 Standortmarketing, Dienstleistungen Dritter

Wir beantragen, die Kosten von Fr. 60'180.00 für die Online-Dienstleistungen zu streichen. Dem Einwohnerrat ist mit einer Botschaft der Nutzen und die Einsparungen bei den Personalkosten zu dokumentieren. Wird kein ausgeglichenes Kosten-/Nutzenverhältnis ausgewiesen, ist auf die Online-Dienstleistungen zu verzichten.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Ich habe über die Gründe des Ausbaus der Online-Dienstleistungen bereits informiert. Dieser Ausbau erfolgt in Zusammenhang mit der Stellensituation. Der Bürger kann Dienstleistungen zu Hause am PC beziehen und muss nicht mehr die Schalter der Einwohnerdienste aufsuchen.

Martin Gautschi, (FDP): Kostet dieser Ausbau tatsächlich Fr. 50'000.00?

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): In diesem Ausbau ist auch ein Controlling-Produkt für die Parkplatzbewirtschaftung enthalten. André Gigandet gibt gerne weitere Informationen.

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Die Webdienste sollen ausgebaut werden. So kann beispielsweise die Grüngutvignette online bestellt und mit Karte bezahlt oder eine Rechnung verlangt werden. Der Bürger soll zu Hause bestellen können und muss dafür nicht mehr ins Gemeindehaus kommen. Integriert ist die Raumbewirtschaftung in allen möglichen Objekten. Die Reservationen erfolgen heute manuell. Die Räumlichkeiten können online reserviert und die notwendigen Zusatzleistungen bestellt werden. Nach Bezahlung des Kostenvorschusses wird die Reservation definitiv. Der Ausbau des Web-Auftritts hat das Ziel, dass der Bürger nicht mehr zwingend ins Gemeindehaus kommen oder telefonieren muss. Gewisse Dienstleistungen kann er zu Hause beziehen oder erledigen. Wir investieren mit dem Kauf eines neuen Moduls. Die Folgekosten entsprechen in der Regel ca. 10% der Investitionssumme.

Andrea Höbel (CVP): Ich bestelle die Grüngutvignette online, nur dann klebt sie noch nicht am Container. Es wird Personal benötigt, welches den Versand der Vignette erledigt und für mich tätig ist.

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Dies ist richtig, diese Arbeit wird im Backoffice und nicht am Schalter erledigt.

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Ich lade ein, bei den Einwohnerdiensten einmal mit zu erleben, was am Schalter abläuft. Heute Nachmittag hatten wir wieder eine sehr hohe Kundenfrequenz. Die Aufstockung von 40% ist notwendig, um den Schalterbetrieb personalmässig abzudecken. So muss beispielsweise am Freitag vielfach eine Lernende den Schalterdienst alleine erledigen, weil sonst niemand da ist. Jasmin Enderli ist mit einem Pensum von 60% angestellt, arbeitet aber teilweise über 100%, um einen dienstleistungsorientierten Betrieb zu gewährleisten. Joya Kirchhofer kann im Moment unfallbedingt nur 50% arbeiten. Ihren Ausfall muss ich mit Lernenden in wechselnder Besetzung abdecken. Bei hoher Kundenfrequenz muss ich teilweise am Schalter mithelfen, dies ist jedoch nicht meine Aufgabe. Mit dem Angebot der Online-Dienstleistungen, wie beispielsweise die Grüngutvignette, können wir den Schalterbe-



trieb entlasten. Dieser ist durch die vielen Neuzuzüge und weitere Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle stark ausgelastet. Mit dem Versand der Grüngutvignetten kann problemlos ein Lernender beauftragt werden. Der Ausbau der Online-Dienste hat die Entlastung des Schalterbetriebs zum Ziel, damit dieser mit den vorhandenen Stellenprozenten bewältigt werden kann.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir ziehen den Antrag zurück.

Anton Burger (CVP):

1500.5060.01 Einsatzleiterfahrzeug Gemeindebeitrag

Die FiGPK beantragt, das Einsatzleiterfahrzeug für die Feuerwehr zu streichen. Dieses Fahrzeug hat nicht erste Priorität und ist nicht zwingend notwendig. Wünsche lassen sich nicht immer erfüllen. Die Kosten für die Feuerwehr steigen 2016 an, weil neu die Miete für die auswärtigen Lokalitäten abgegolten werden muss. Wir beantragen, den Budgetkredit von Fr. 39'000.00 zu streichen. Wird der Antrag angenommen, entfallen auch die Subventionen der AGV.

Barbara Scheidegger (CVP):

0223.5060.00 Informatik, Ersatz Server Gemeindeverwaltung

Fr. 95'000.00 sind für den Ersatz eines Servers zu hoch. Wir wissen, dass die Informatik viel Geld kostet, trotzdem beantragen wir eine Budgetkürzung von Fr. 20'000.00.

Konto 2171.5040.03, Massnahmen Fernwärme 2. Etappe

Wir beantragen die Streichung dieses Budgetkredites. Der Betrag von Fr. 195'000.00 ist in die Investitionsrechnung 2016 aufzunehmen und dem Einwohnerrat eine Vorlage zu unterbreiten.

Für die nachfolgenden Kredite soll dem Einwohnerrat im Januar 2016 eine Botschaft unterbreitet werden, welche die Bearbeitung der geplanten Projekte 2016 aufzeigt. Mit der Rechnung 2015 ist zu belegen, welche Projekte mit Budgetkrediten 2015 bearbeitet wurden. Diese Informationen fehlen im Budget.

6150.5010.52 Projektierung Strassensanierungen Budgetkredit Fr. 50'000.00

7101.5030.52 Projektierung Werterhaltung Wasserversorgung Budgetkredit Fr. 50'000.00

7201.5030.52 Projektierung Werterhaltung Abwasser, Budgetkredit Fr. 110'000.00

8711.5030.52 Projektierung Werterhaltung, Budgetkredit Fr. 40'000.00

Werner Rupp (SVP): Die AGV regelt mit Richtlinien, welche Fahrzeuge eine Feuerwehr benötigt. Dies ist stark von der Personenzahl abhängig. Der Kauf des geplanten Fahrzeuges hat bei der AGV Priorität Null. Der Betrag von Fr. 39'000.00 kann somit eingespart werden.

Algimantas Gegeckas (CVP): Das Einsatzfahrzeug kann auch an einem anderen Ort stehen und muss im Bedarfsfalle geholt werden.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): So einfach ist die Sache nicht. 2012 hat eine Arbeitsgruppe der Feuerwehr das Strategiepapier „Konzept 15“ ausgearbeitet. Dieses Konzept berücksichtigt die Bevölkerungsentwicklung und die Infrastruktur. Die Feuerwehr ist in die nächste grössere Kategorie aufgestiegen und das notwendige Atemfahrzeug wurde beschafft. Seit zwei Wochen gibt es nur noch das zentrale Magazin in Hausen. Das Magazin in Habsburg wurde bereits aufgelöst, das Magazin Windisch hat einen neuen Besitzer. Das alte Magazin dient nur noch als Lagerraum. Um Investitionen zu vermeiden, wurde das alte TLF2 von Windisch verkauft. Alle Einsätze werden ab sofort vom Magazin in Hausen gefahren. Der Einsatz startet, sobald genügend Atemschutzleute im Fahrzeug sitzen. Die Feuerwehr muss spätestens in zehn Minuten am Einsatzort sein, sei es in Habsburg, Unterwindisch oder im Dägerli. Diese Zeitvorgabe lässt sich nur knapp einhalten, in Stosszeiten ist es nicht möglich. Die AGV empfiehlt deshalb den Kauf eines Einsatzleiterfahrzeuges und subventioniert ihn. Das Fahrzeug erlaubt, dass der Einsatzleiter sofort nach Eingang des Alarms losfahren kann. Er muss nicht mehr warten, bis genügend Feuerwehrmänner auf Platz sind. Bei Fehlalarmen kann der Einsatzleiter das Ausrücken der Feuerwehr stoppen. Das Einsatzleiterfahrzeug kann bei Hochwasser der Aare entlangfahren und jederzeit den Pegelstand aufnehmen und protokollieren. Das Fahrzeug ist mit einer Wärmebildkamera, Hydrantenplänen, Schaltplänen des EW und einer Dokumentation der wichtigsten Industriebauten mit Gefahrenzonen ausgerüstet. Mit der Anschaffung investieren wir in unsere Sicherheit.

Werner Rupp (SVP): Steht das Fahrzeug beim Einsatzleiter zu Hause und entstehen zusätzliche Kosten für Pikettdienst und Kilometerentschädigung?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Das Fahrzeug bringt nur ausgerüstet einen Nutzen. Grundsätzlich steht es im Magazin, es ist jedoch möglich, dass der pikettdienstleistende Offizier das Fahrzeug über das Wochenende nach Hause nimmt.



Werner Rupp (SVP): Wenn der Offizier in Unterwindisch wohnt fährt er zuerst nach Hausen und dann wieder zurück nach Unterwindisch?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Das Fahrzeug ist nicht für den Kommandanten. Es dient dem ersten Offizier, welcher vor Ort ist, dieser ist auch der Einsatzleiter.

Offene Abstimmung

1500.5060.01 Einsatzleiterfahrzeug; Gemeindebeitrag

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Streichung von Fr. 39'000.00 mit 15 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen, mit Stichentscheid des Präsidenten, ab.

0223.5060.00 Informatik, Ersatz Server Gemeindeverwaltung

Marco Wächter, Finanzverwalter: Die Offerte unserer Informatikfirma lag weit über Fr. 95'000.00. Wir machen nur, was notwendig ist. Wir könnten problemlos zusätzliche Backups machen, es gibt unendlich viele technische Möglichkeiten. Aufgrund meiner Erfahrung mit Serverwechseln in den letzten 14 Jahren weiss ich, dass der Betrag von Fr. 95'000.00 knapp bemessen ist. Am Anfang waren es 2 Server, heute sind es 10. Die Schnittstellen erfordern viel Unterhalt und haben grosse Installationskosten zur Folge. Die Hardware ist günstig, sehr teuer sind die Dienstleistungen. Je nach Projektverlauf sind die Kosten etwas tiefer oder höher. Ich bin überzeugt, dass der Betrag von Fr. 75'000.00 nicht ausreicht und wir den Kredit gezwungenermassen überschreiten müssen. Wir benötigen Fr. 95'000.00 für den Ersatz des Servers und der installierten Programme. Ich will nicht drohen, aber nach meiner Erfahrung genügen Fr. 75'000.00 für den Ersatz des Servers nicht.

Offene Abstimmungen

0223.5060.00 Informatik, Ersatz Server Gemeindeverwaltung

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag um Kürzung um Fr. 20'000.00 mit 4 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen ab.

2171.5040.03 Massnahmen Fernwärme 2. Etappe

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich habe diese zweite Etappe bereits angesprochen. Mit diesen mittelfristigen Massnahmen sollen die Heizungsanlagen hydraulisch abgesichert werden. Im letzten Winter hatten wir viele Heizungsausfälle und die Kinder mussten teilweise mit Jacken im Schulzimmer sitzen. Muss irgendwo ein Radiator entlüftet oder abgestellt werden wirkt sich dies auf die gesamte Heizungsanlage aus. Diese muss neu gestartet werden, anschliessend muss jeder Radiator entlüftet und aufgefüllt werden vom Bezirksschulhaus bis zum Dorfschulhaus.

Marco Valetti (SVP): Bis zur Schulanlage Dorf? Diese hat doch keinen Zusammenhang mit der Schulanlage Chapf.

Marco Wächter, Finanzverwalter: Dies ist rein technisch. Unter dem Konto sind Kosten für verschiedene Schulanlagen budgetiert. Es ist ein wenig verwirrend, ich werde die Kosten nächstes Jahr aufteilen.

Offene Abstimmung

2171.5040.03 Massnahmen Fernwärme 2. Etappe

Der Einwohnerrat lehnt die Streichung von Fr. 195'000.00 und die Ausarbeitung einer Vorlage für den Einwohnerrat mit 8 Ja- gegen 24 Nein-Stimmen ab.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident, (EVP): Offen ist noch die Forderung der CVP-Fraktion nach einer Vorlage für die Budgetkredite Werterhaltung.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Diese Projekte basieren auf der Werterhaltungsstrategie und werden Zug um Zug bearbeitet. Die entsprechenden Mittel sind im Finanzplan enthalten. Genügt diese Information oder werden zusätzliche Leistungen verlangt?

Barbara Scheidegger (CVP): Diese Information genügt, ich habe sie nicht gefunden. Es muss nicht eine ausgearbeitete Botschaft sein, grob gesagt wird Strasse um Strasse bearbeitet.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Wir werden dem Einwohnerrat die Werterhaltungsstrategie zur Information zu stellen.



Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Mit diesen Mitteln werden die Projekte 2016 vorbereitet. Gestützt auf die Werterhaltungsstrategie werden wir die Botschaften laufend unterbreiten.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Nach meinem Verständnis müssen wir über die fertigen Projekte informieren.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir wünschen eine Kontrolle darüber, was 2015 erledigt wurde und was 2016 geplant ist. Die Strassenprojekte waren eher problematisch.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Es geht nicht um den Kredit, sondern um eine allgemeine Information über den Bearbeitungsstand.

Martin Gautschi (FDP): Im Budget 2016 haben wir keine Einsparungen erzielt. Ich beantrage Rückkommen auf das Traktandum 4 Gaskonzession. Diese bringt uns jährlich Fr. 125'000.00. Auch bei anderen Energieträgern bezahlt der Konsument.

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Die Beratung des Budgets muss abgeschlossen werden, bevor über Rückkommen diskutiert werden kann.

Marco Wächter, Finanzverwalter: Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 672'420.00, die Selbstfinanzierung steht bei 1.1 Mio. Franken. Damit liegen wir Fr. 100'000.00 unter dem Antrag des Gemeinderates, was auf die Gaskonzession zurückzuführen ist.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 118% wird genehmigt.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Besten Dank an Marco Wächter, Heidi Ammon, den Gemeinderat und die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Ein spezieller

Dank an Heidi Ammon für die saubere und transparente Berichterstattung. Besten Dank der FiGPK für die Ausarbeitung des aussagekräftigen Berichts.

Rückkommen auf Traktandum 4 Gaskonzession

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich bitte Martin Gautschi den Rückkommensantrag nochmals zu stellen.

Martin Gautschi (FDP): Ich beantrage Rückkommen auf Traktandum 4 Gaskonzession. Die Abstimmung war äusserst knapp. Trotz vorgeschrittener Zeit sollten wir nochmals diskutieren, ob wir auf Fr. 125'000.00/Jahr verzichten können. Bei allen Energieträgern bezahlt der Konsument die Abgaben. Es gibt keine Gründe für eine Ablehnung der Gaskonzession.

Matthias Treier (FDP): Ich unterstütze den Antrag. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind tief. Einer der Gründe für unsere schwierige finanzielle Situation. Die Gaskonzession müssen natürliche und juristische Personen bezahlen. Ein Teil unserer Aufwendungen für die Firmen würden über die Konzession wieder zurückfliessen.

Bruno Kaufmann (FDP): Es gilt auch den Umweltaspekt betreffend CO2 zu berücksichtigen. Gas ist vorteilhafter denn Öl. Auch nach Einführung der Gaskonzession bleibt der finanzielle Anreiz vom Öl auf das immer noch günstigere, umweltfreundlichere Gas zu wechseln.

Karin Hefti (FDP): Gestützt auf unsere Diskussionen in den Workshops unterstütze ich den Antrag ebenfalls. Diese Gaskonzession würde unsere Einnahmen verbessern. Die Konsequenzen der von Barbara Scheidegger eingebrachten Anträge schmerzen. Die Einführung der Gaskonzession ist weniger schmerzhaft, deshalb bitte ich Rückkommen zu beschliessen.

Bruno Schmid (SVP): Mich erstaunt, dass die FDP eine neue Steuer einführen will. Mit diesem Konzessionsvertrag wird in Windisch eine neue Verbrauchssteuer geschaffen.

Algimantas Gegeckas (CVP): Die IBB hat aus geschäftlichen Überlegungen humanitäre Gründe gegen die Konzession genannt. Die IBB befürchtet weniger Gewinn zu erzielen.



Fr. 38.00 pro Haushalt sind verkraftbar. Es ist besser eine Verbrauchssteuer einzuführen, denn eine Steuerfusserhöhung von 5%.

Pia Stammler (SP): Die IBB interessiert diese Konzession nicht, weil sie nichts bezahlen müssen. Die Gaskonzession wird aufgrund der Kilowattstunden abgerechnet und bewegt sich zwischen 0.4 und 0.15 Rappen. Absatz 3 des Vertrages bestimmt, dass die Konzession dem Endkunden weitergegeben wird. Es geht nicht um Fr. 38.00 pro Jahr. Die Gemeindefinanzen sollen nicht mit einer neuen Gebühr, ohne jegliche Gegenleistung, verbessert werden. Diese Fr. 125'000.00 verhindern keine Steuererhöhung.

Bernhard Stüssi (SVP): Alle von der CVP eingebrachten Anträge zur Reduktion der Kosten wurden abgelehnt. Wir haben die budgetierten Ausgaben 2016 beschlossen. Es ist peinlich, dass diese nun mit der Gaskonzession kompensiert werden sollen. Das ist keine gute Lösung.

Offene Abstimmung Rückkommensantrag
(erforderlich 2/3-Mehrheit)

Der Rückkommensantrag wird mit 19 Ja-Stimmen abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: